



Art des Vorstosses:

- Parlamentarische Initiative
- Motion
- Postulat
- Interpellation
- Dringliche Interpellation
- Anfrage
- Dringliche Anfrage
- Fragestunde

Type d'intervention :

- Initiative parlementaire*
- Motion*
- Postulat*
- Interpellation*
- Interpellation urgente*
- Question*
- Question urgente*
- Heure des questions*

Tipo d'intervento :

- Iniziativa parlamentare*
- Mozione*
- Postulato*
- Interpellanza*
- Interpellanza urgente*
- Interrogazione*
- Interrogazione urgente*
- Ora delle domande*



Bitte unterzeichnetes Original dem Ratssekretariat abgeben und den Text zusätzlich via Email weiterleiten:
 Prière de déposer l'original signé auprès du secrétariat du Conseil et, en plus, d'envoyer le texte par messagerie électronique à :
 Vi preghiamo di consegnare l'originale firmato alla Segreteria del Consiglio e di inviare il testo tramite messaggiera elettronica:

zs.kanzlei@pd.admin.ch

Urheber/in - Auteur - Autore

Unterschrift - Signature - Firma

Baumann J.Alexander

Titel - Titre - Titolo

Die krampfhaft Suchende der Bundesanwaltschaft nach OK (Organisierter Kriminalität)

Text/Begründung - Texte/Développement - Testo/Motivazione

2400 / 2400

Ich bitte den Bundesrat um eine Stellungnahme zur folgenden Problematik:

Es scheint, dass die Bundesanwaltschaft (BA) eine Menge Verfahren wegen krimineller Organisation eröffnet, um überhaupt solche Verfahren führen zu können. Die Verdachtslage ist zu Beginn äusserst bescheiden und wird oft in den Anträgen an das BGer betreffend Lauschangriff, Telefonkontrolle, Einsatz verdeckter Ermittler (z.B. auch im Fall Holenweger) hemmungslos aufpoliert. Danach versucht die BA zu vertuschen, wie mager die Verdachtslage bei Start des Verfahrens war. Sie schreckt u.U. auch nicht davor zurück, bereits akturierte Akten verschwinden zu lassen (so den auf die Ramosberichte gestützten Verfahrenseröffnungsantrag im Fall Holenweger). Es entsteht der Eindruck, dass die BA, statt Delikte aufzuklären, Personen kriminalisiert und dann krampfhaft nach Delikten sucht, um ihr eigenes Vorgehen zu rechtfertigen.

Der Tatbestand der kriminellen Organisation ist als Straftatbestand geradezu in Verruf geraten. Alle

Mitunterzeichner: Die aktuelle Liste ist **gedruckt** verfügbar im Ratssaal (Session) und im Zentralen Sekretariat.

Elektronisch: auf den PCs, welche für Ratsmitglieder zugänglich sind.

Cosignataires: La liste actuelle **imprimée** est disponible dans la salle du conseil (session) et au secrétariat central, la version **électronique** se trouve sur les PC à disposition des parlementaires.

Cofirmatari: La lista attuale è disponibile nelle sale dei Consigli, presso la Segreteria centrale e su ogni computer a disposizione dei parlamentari.

BUNDESKANZLEI: Dienstvermerk - Indications de service

Zuteilung	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK	BK	Datum
Original									Visum
Kopie									

Verteilung: BR, BK, VK (2), GS, BK, Ba (2), Verbindungsleute, Sekretariat PD, Parteisekretariate

Straftatbestände, die Kern der Tätigkeit einer kriminellen Organisation bilden, sind ohnehin nach StGB separat strafbar. Es verbreitet sich die Meinung, dass der Tatbestand der kriminellen Organisation nur noch dazu dienen soll, diejenigen Personen greifen zu können, denen sich keine konkreten Straftaten nachweisen lassen, die aber einer Gruppe, die man kriminalisieren möchte, Unterstützung gewährt haben. Damit wäre man aber beim systemischen Ansatz angelangt, der auf den unguten giftigen Ursprung des Tatbestandes zurückführt. Der Tatbestand der kriminellen Organisation wurde offenbar ursprünglich nicht zur Verbrechensbekämpfung eingeführt sondern vom Nationalsozialistischen Regime dafür, Personen im Umfeld von kriminalisierten Gruppen greifen zu können, denen keine kriminellen Taten nachzuweisen waren. Es stände der Bundesanwaltschaft gut an, sich von diesen von diesen vergifteten Wurzeln zu lösen und deliktorientiert und nicht systemisch zu ermitteln. Es kann nicht darum gehen, Gruppen zu kriminalisieren und erst dann nach Delikten zu suchen sondern es sollen jene Gruppierungen das Ziel bilden, die effektiv Schwerwiegendes anstellen und sich zu diesem Ziel vereinigen. Die BA kostet jährlich weit über 100 Millionen. Der Bürger hat ein Recht darauf, dass für einen derartigen finanziellen Einsatz nicht Alibiübungen betrieben werden, sondern seine Sicherheit davon profitiert.